

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	2
2. Theorie	4
3. Fragestellung und Hypothesenbildung	7
3.1 Querschnitt- und Längsschnitterhebungen	7
3.2 Fragestellung.....	9
3.3 Hypothesenbildung.....	9
3.4 Datenbasis	14
4. Ergebnisse und Interpretationen	14
4.1 Hypothese 1	14
4.2 Hypothese 2	19
5. Fazit.....	22
6. Literaturverzeichnis	25

Abbildungsverzeichnis

Diagramm 1: Parteienhäufigkeit 1990.....	11
Diagramm 2: Parteienhäufigkeit 2002.....	11
Diagramm 3: Parteienhäufigkeit 1989 und 2002.....	12
Tabelle 1: Frauenanteil in Prozent.....	15
Tabelle 2: Veränderung der teilnehmenden Lokalparteien.....	16
Tabelle 3: Parteizugehörigkeit.....	20
Tabelle 4: Aktivenzahlen der vier Bundesratsparteien.....	21

1. Einleitung

Eine Besonderheit des Schweizerischen Parteiensystems sind die vielen Lokalparteien. Bis 1990 gab es jedoch kaum Untersuchungen derselben. Mit einer 1989 durchgeführten empirischen Untersuchung, bei welcher die jeweiligen Ortsparteipräsidenten befragt wurden, änderte sich dies. Die Befragung wurde 2002 wiederholt, so dass nun Veränderungen der Lokalparteien zwischen 1989 und 2002 feststellbar sein sollten. So wurde der Anteil an weiblichen Aktiven in den Lokalparteien in der Zeit zwischen den beiden Befragungen grösser. Er stieg von 31,6 Prozent auf 36,6 Prozent. Insgesamt jedoch gab es eine Abnahme an Aktiven zwischen 1989 und 2002. Bei der zweiten Befragung stehen laut ersten Ergebnissen von Geser et al. (2003) einem Drittel von Lokalsektionen mit einer Einbusse an Aktiven lediglich ein Fünftel an Lokalsektionen mit einem Zuwachs gegenüber. Dies ist vor allem auf einen grossen Rückgang an aktiven Männern zurückzuführen. In beinahe 40 Prozent der Parteien ist ihre Zahl kleiner geworden. Zum selben Schluss kommen auch Sandra Töndury und Nathalie Giger, welche anhand der beiden Datensätze die Beteiligung der Frauen an den Aktiven in den Lokalparteien untersucht haben. Sie schlussfolgern, dass es einen Prozess der Divergenz der Parteien gibt, der nicht auf ein aktives Zuströmen neuer Frauen weist, sondern ein Bild schwächerer männlicher Beteiligung zeichnet (Töndury/Giger 2003: 16). Dies widerspricht der Theorie von Inglehart und Norris (2003), welche in den reichen modernen Gesellschaften eine Verkleinerung oder sogar ein Verschwinden der historisch kleineren Beteiligung der Frauen erwarten (Inglehart/Norris 2003: 101). Die Veränderung ist also laut zweiter Theorie nicht auf eine Veränderung der männlichen Beteiligung zurückzuführen, sondern auf eine Vergrösserung der Beteiligung der Frauen.

Absicht der vorliegenden Arbeit ist es, unterschiedliche Ergebnisse aufgrund verschiedener repräsentativer Stichproben festzustellen. Die beiden Befragungen der Lokalparteien werden als Ausgangslage dafür genommen, wie man Veränderungen im Längsschnitt messen kann. Welche Resultate erhält man, wenn man eine Panelstudie durchführt, das heisst, nur diejenigen Parteien beachtet, welche sowohl bei der Befragung 1989, wie auch bei der Befragung 2002 existierten? Welche Resultate erhält man, wenn man jeweils die Gesamtpopulation in Betracht zieht? Wie

unterscheiden sich die Befunde und wie lassen sich die Unterschiede interpretieren? Als exemplarisches Beispiel wird die Veränderung des Anteils an weiblichen Aktiven in den Lokalparteien zwischen 1989 und 2002 genommen. Diese Auswahl wurde deshalb getroffen, weil sich hier je nach Erhebungsverfahren andere Resultate ergeben sollten. Damit soll gezeigt werden, dass es eine Rolle spielt, ob man eine Panel- oder eine Trendstudie durchführt. Daher lautet die übergeordnete Fragestellung: Wie misst man Wandel? – Am Beispiel der Entwicklung des Anteils an weiblichen Aktiven in den Schweizer Lokalparteien zwischen 1989 und 2002.

Laut Diekmann ist eine Panelstudie dazu geeignet, Veränderungen auf der individuellen Ebene aufzuzeigen. Mit einer Trendstudie „können dagegen nur Veränderungen auf der Aggregatebene der Stichproben registriert werden“ (Diekmann 1999: 267f). Zusätzlich ist eine Panelerhebung informativer als eine Trenderhebung (ebd. 269).

Methodisch stützt sich die Arbeit auf eine Analyse der Daten der beiden bereits erwähnten Untersuchungen. In einem ersten Schritt werden theoretische Grundlagen zur Entwicklung des Frauenanteils in Parteien erörtert. Dies ist wichtig im Hinblick auf die Interpretation der verschiedenen Ergebnisse der Erhebungsmethoden. Anschliessend werden die Fragestellung und die Hypothesen erläutert. Danach werden die Ergebnisse präsentiert und interpretiert. Schliesslich wird ein Fazit gezogen, welches in Kürze besagt, dass sich die Ergebnisse der beiden Designs nicht gross unterscheiden, obwohl von sehr unterschiedlichen Untersuchungseinheiten ausgegangen wird. Die Theorie des *gender gaps* trifft nur teilweise zu, weil zwar der Anteil an weiblichen Aktiven bei beiden Erhebungsdesigns höher wird, dies aber vor allem auf einen Rückgang an männlichen Aktiven zurückzuführen ist. Zusätzlich lässt sich eine überdurchschnittlich hohe Panelmortalität feststellen, die darauf zurückzuführen ist, dass es sich um eine Replikationsstudie handelt. Das heisst, einer Studie, die eine wissenschaftliche Analyse mit denselben Untersuchungsfällen wiederholt. Dabei ist aber eben mit einer erheblichen Schwundquote zu rechnen (ebd. 271).

2. Theorie

Mit der Nachkriegsgesellschaft und nach der Einführung des Frauenstimmrechts in den westlichen Demokratien verhielten sich die Frauen politisch konservativer als die Männer. So positionierten sie sich konstant rechter als die Männer. Diese Unterschiede im politischen Verhalten der Geschlechter wurden als *traditional gender gap* bezeichnet (Inglehart/Norris 2003: 77). Dies stimmte in den 1950er und 1960er Jahren auch für die USA. In den 1980er Jahren aber verschoben sich die Frauen in Nordamerika nach links, so dass sie das Stimm- und Wahlverhalten gerade umkehrten. Sie waren es, die sich nun politisch weniger konservativ als die Männer verhielten (Inglehart/Norris 2000: 442). Schon in den 1970ern wurden erste Vermutungen diesbezüglich geäußert. „In the past [women] were more conservative than men: in Post-Industrial society, they may be more likely to vote for the Left. The relative conservatism of women is probably disappearing“ (Inglehart 1977: 229). In den postindustriellen Gesellschaften in Europa wurden die Befunde aus den USA schliesslich in den 1990er Jahren bestätigt. Auch hier war nun ein Trend spürbar, dass Frauen immer mehr zu linken Parteien tendierten. „We also found that in many postindustrial societies by the 1990s women have shifted leftwards, producing a modern gender gap similar to that which currently exists in the United States“ (Inglehart/Norris 2000: 458). Die Verschiebung, *modern gender gap* genannt, fand also statt, fiel aber laut den Autoren von Land zu Land verschieden aus. So gilt für die Schweiz, dass Frauen geringfügig linker als Männer stimmen und wählen (Inglehart/Norris 2003: 82).

Diese über alle Länder feststellbaren Veränderungen können auch auf einen Generationen-Effekt zurückzuführen sein. So zeigten die Geburtskohorten von der Generation der Baby-Boomers von den 1950er Jahren an weit egalitärere Ansichten als die Generationen vorher. Dies hat sich in den Geburtskohorten der 1960er und 1970er Jahre fortgesetzt. „The cultural changes in affluent nations have therefore proved enduring and stable“ (ebd. 39). Inglehart und Norris gehen daher von einer konstanten kulturellen Verschiebung aus. Bei der jüngsten, von den Autoren beobachteten Gruppe waren die Frauen linker als die Männer. Bei der Gruppe der über 65-Jährigen kehrte sich die *gender gap* gerade um, die Frauen dieser Gruppe waren also konservativer als die Männer. Dieser Befund könnte laut Inglehart und

Norris weit reichende Konsequenzen haben, weil bei einer weiter anhaltenden Entwicklung dieses Trends die Frauen immer weiter links wandern würden, und der Abstand zu den Männern sich vergrössern würde (ebd. 95). Diese Verschiebung der politischen Präferenzen begründen Inglehart und Norris damit, dass Frauen heute an anderen Werten orientiert sind als Männer. Das heisst, dass vor allem ihre Einstellungen gegenüber dem Postmaterialismus, der Regierungsrolle und der Gleichberechtigung relevant für diese Verschiebung sind. Hingegen schlussfolgern die Autoren, dass Lifestyle und soziale Hintergründe nicht den entscheidenden Einfluss haben (Inglehart/Norris 2003: 99). Für die vorliegende Studie bedeutet dies, dass angenommen wird, dass sich der Frauenanteil an Aktiven in den Lokalparteien zwischen 1989 und 2002 zunehmend zu den linkeren Parteien hin verschoben hat. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass eine allgemeine Zunahme an weiblichen Aktiven in Lokalparteien stattgefunden hat. Historisch war die politische Aktivität immer mit dem Geschlecht verbunden: Männer sind aktiver als Frauen. Jedoch erwarten Inglehart und Norris „to find some evidence that some of these gender differences have gradually diminished or even disappeared over time, with women becoming more active, especially among the younger generations in the affluent modern societies“ (Inglehart/Norris 2003: 101). Diese Zunahme kann auch in bürgerlichen und in neu gegründeten Parteien geschehen sein. Jedoch wird in dieser Arbeit postuliert, dass die Zunahme ungleich stärker in linken Parteien stattfand – dies auch im Vergleich zu der Veränderung an männlichen Aktiven in den Lokalparteien.

Die Entwicklung, dass sich Frauen linker positionieren als Männer, findet in der Schweiz im internationalen Vergleich spät statt, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die „politische Primärmobilisierung der Frauen, die nach der Zugestehung ihres Stimmrechts (1971) begonnen hat, bis in die 1980er Jahre hinein noch nicht zum Abschluss gekommen“ ist (Geser 1994: 65). Diese Intensität der Primärmobilisierung wird vom Autor darauf zurückgeführt, dass sie sich mit „gesellschaftlich bedingten Mobilisierungstrends“ überlagert. Denn die Muster der politischen Aktivität innerhalb einer Nation variieren je nach institutionellen Kontexten und politischem System des betreffenden Landes; der Existenz von demokratischen Rechten und zivilen Freiheiten innerhalb dieses Systems; der Struktur und Organisation der politischen Parteien und den Möglichkeiten der politischen Beteiligung, Organisation und Mobilisierung innerhalb der Gesellschaft

(Inglehart/Norris 2003: 103). Diese Muster der politischen Aktivität betreffen die ganze Gesellschaft, haben aber vor allem Einfluss auf Frauen. Mit den Änderungen des traditionellen Rollenverständnisses in den postindustriellen Gesellschaften sollten sich Frauen- und Männerbeteiligung aneinander annähern. „The expansion of female education and labor force participation should influence political activism, since education has been found to increase cognitive skills, confidence, and practical knowledge that help people make sense of politics, while paid employment allows access to social and organizational networks outside the home“ (ebd.). Ausbildung und Beteiligung am bezahlten Arbeitsmarkt sind also laut Inglehart und Norris ausschlaggebend für die Annäherung. Die Kluft bezüglich des politischen Aktivitätsniveaus zwischen den Geschlechtern sollte sich längerfristig schliessen, da das steigende Bildungsniveau der Frauen auch zu einem steigenden Interesse für politische Themen führt und das traditionelle Rollenverständnis den Frauen in jüngeren Generationen nicht mehr im Wege steht (Inglehart 1989: 426ff). Demgegenüber stehen Aussagen von Meuli und Ladner (2000). Sie befinden, dass das Thema der Frauenförderung in der Politik in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre an Aktualität und Dynamik verloren hat (Meuli/Ladner 2000: 2). Dies sei aber vor allem auf Institutionsebene sichtbar, wo die kontinuierliche Zunahme des Frauenanteils gebrochen werden könnte. Die Zeiten, da „Frausein“ allein als politisches Programm galt, gehören laut ihnen der Vergangenheit an (ebd.).

Erste Befunde von Geser sprechen aber auch Mitte der 1990er Jahre von einem Zustrom an Frauen in die Parteipolitik. Er führt dies auf eine generalisierte politische Mobilisierung zurück (Geser 1994: 67f). Diese Schlussfolgerung zieht der Autor, weil er bis 1989 innerhalb sämtlicher Parteien in mindestens 40 Prozent aller Sektionen einen Zuwachs an weiblichen Aktivmitgliedern findet. Auf der anderen Seite haben sich die Männer sehr viel selektiver an Parteien angenähert (vor allem an Grüne, SVP und LPS) und sind aus linksstehenden Gruppierungen ausgetreten (PdA, SP) (ebd.). Bis 1989 profiliert sich laut Gesers Ergebnissen die SVP als jene Partei, „der es weitaus am besten geglückt ist, auf breiter Front zusätzliche Parteiaktive anzuziehen und dadurch die politische Szene auf der bürgerlichen Seite neu zu beleben“ (ebd.). Es sei der SVP offensichtlich gelungen, sich von ihren Bindungen an die Bauern und den traditionellen Mittelstand freizumachen und sich neuerdings auch hinsichtlich ihres Anteils weiblicher Parteiaktiver anderen etablierten Parteien anzunähern. Diese „gewisse Feminisierung“ stellt Geser nach 1984 in allen Parteien

fest. Allerdings schwächt er diese Aussage ab, indem er bei einer Aufgliederung nach ideologischer Orientierung linksstehenden und grünen Parteien eine höhere Erfolgsquote bei der Mobilisierung von Frauen attestiert. Umgekehrt seien Umweltanliegen kritisch gegenüberstehende rechte Parteien besonders erfolgreich bei der Mobilisierung von Männern gewesen (ebd.).

Dem entgegen steht die Argumentation von Michel-Alder. Sie geht davon aus, dass bürgerliche Parteien bei der Rekrutierung von Frauen auf Hindernisse stossen, weil sie ein eher traditionelles Frauenbild mit der Betonung der innerfamiliären Rolle als Hausfrau und Mutter vermitteln, das dem Selbstverständnis der meisten politisch engagierten Frauen widerspricht. Somit tun sich die bürgerlichen Parteien mit dem „weiblichen Element“ schwerer als die linken Parteien, in denen die Partizipation der Frauen eine lange Tradition hat (Michel-Alder 1986: 157). Auf der linken Seite des politischen Spektrums wird laut der Autorin ein emanzipiertes Frauenbild gelebt, welches die Frau auch ausserhalb der privaten Sphäre, will heissen in der Politik, akzeptiert.

3. Fragestellung und Hypothesenbildung

3.1 Querschnitt- und Längsschnitterhebungen

Das Erhebungsdesign legt den zeitlichen Modus einer Datenerhebung fest. Es gibt drei verschiedene Arten von Erhebungsdesigns: Das Querschnitt-, Trend- und Paneldesign (Diekmann 1999: 267)

Eine Querschnittserhebung bezieht sich auf einen Zeitpunkt oder eine kurze Zeitspanne, in welcher eine einmalige Erhebung von Variablen bei N Untersuchungseinheiten durchgeführt wird. Hier heben sich die beiden anderen Erhebungsmethoden bereits ab. Sie wollen ihren Untersuchungsgegenstand längs der Zeitachse zu verschiedenen Zeitpunkten unter der Verwendung desselben Erhebungsinstrumentes erfassen. Trend- und Paneldesign unterscheiden sich nur bezüglich der Stichprobe, welche untersucht wird. Während bei Trenduntersuchungen eine andere Stichprobe mit denselben Variablen zu verschiedenen Zeitpunkten erforscht wird, wählt die Paneluntersuchung stets dieselbe Stichprobe aus. Dieser „kleine Unterschied“ ist jedoch laut Diekmann (1999: 267) recht bedeutsam, denn damit können Veränderungen auf der individuellen Ebene, im vorliegenden Fall auf Parteiebene, nachvollzogen werden. Ein Trenddesign hingegen kann nur Veränderungen auf der Aggregatebene der

Stichprobe registrieren. Eigentlich sind Trenderhebungen eine Abfolge von Querschnittsdesigns zur gleichen Thematik. Zwischen den drei Designarten besteht eine Informationshierarchie. „Paneldesigns sind informativer als Trenderhebungen und diese informativer als Querschnitterhebungen“ (Diekmann 1999: 269). Letztere erlaubt eine Momentaufnahme des Aggregats und einen Vergleich von Stichproben. Das Trenddesign ermöglicht zusätzlich die Analyse von Veränderungen auf der Aggregatebene. Das Panel geht noch einen Schritt weiter, es kann Veränderungen auf der individuellen Ebene analysieren. Dies betont auch Hsiao. „First, they [the panel data sets] usually give the researcher a large number of data points, increasing the degrees of freedom and reducing the collinearity among explanatory variables – hence improving the efficiency...“ (Hsiao 1986:1f). Er spricht also von Effizienzverbesserung durch Daten, die tiefer analysiert werden können. Der Punkt der Kollinearität, den er auch anspricht, spielt hingegen in dieser Arbeit keine Rolle. Es gibt aber auch noch einen zweiten Vorteil von Panelstudien. „[they] allow a researcher to analyze a number of important economic questions that cannot be addressed using cross-sectional or time-series data sets“ (ebd.: 2). Während Hsiao nur von ökonomischen Fragestellungen spricht, gilt dasselbe auch für sozialwissenschaftliche. Wie schon erwähnt, erlaubt die Panelstudie es, tiefer zu analysieren, Wandel zu interpretieren und Veränderungen auf der individuellen Ebene festzustellen.

In der Theorie wird bei Panels davon ausgegangen, dass stets dieselbe Stichprobe untersucht wird. In der Praxis jedoch ist dies nur selten möglich. Vor allem, wenn es sich um längerfristig angelegte Untersuchungen handelt, muss mit einer grossen Verlustquote gerechnet werden. Die „Panelmortalität“ kann von Welle zu Welle sehr hoch sein. Diekmann spricht von 10 Prozent Panelmortalität von Welle zu Welle als durchaus realistische Annahme (Diekmann 1999: 271). Beim Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit würden beispielsweise aufgelöste Lokalparteien oder unbeantwortete Fragebögen als Panelmortalität definiert.

Für die vorliegende Arbeit existieren eine Trend- und eine Paneluntersuchung zu den Jahren 1989 und 2002. Die Fragestellung, welche sich durch die Ergänzung dieser zwei verschiedenen Untersuchungstypen ergibt, lautet folgendermassen:

Wie misst man sozialen Wandel? Welche Unterschiede ergeben sich bei der Auswertung der beiden Datensätze?

3.2 Fragestellung

Der methodischen Dimension der Fragestellung wird eine inhaltliche Dimension zur Seite gestellt. Das Hauptaugenmerk der Arbeit liegt auf den verschiedenen Untersuchungstypen. Das Methodenproblem soll anhand des Frauenanteils an Aktiven illustriert werden.

Aus der Theorie des *gender-gaps* und der Unterrepräsentation der Frau in der Politik wird die definitive Fragestellung gebildet. Sie zielt darauf ab herauszufinden, wie sich die Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern bezüglich der aktiven Mitgliedern zwischen 1989 bis 2002 verändert haben. Hat sich das Verhältnis der männlichen und der weiblichen aktiven Mitgliedern normalisiert oder besteht immer noch eine Unproportionalität?

Fragestellung:

Wie misst man sozialen Wandel am Beispiel der Entwicklung des Anteils an weiblichen Aktiven in den Schweizer Lokalparteien?

3.3 Hypothesenbildung

Eine Häufigkeitsauszählung legt die unterschiedlichen Stichproben, welche dem Trend- bzw. dem Paneldesign zugrunde liegen, offen. Während für den Paneldatensatz logischerweise dieselbe Häufigkeitsverteilung an Lokalparteien festgestellt wird, da nur diejenigen Lokalparteien berücksichtigt wurden, welche beide Befragungen beantworteten, ergeben sich für das Trenddesign unterschiedliche Häufigkeitsverteilungen an Lokalparteien für die Jahre 1989 und 2002. Die Unterschiede sind auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Zum einen auf Ursachen, welche der Panelmortalität untergeordnet werden können, wie beispielsweise die Auflösung von Lokalsektionen oder eine ungleiche Rücklaufquote der Fragebögen, zum anderen auf die Neugründung von Lokalparteien. Wenn man bedenkt, dass der rasante Aufstieg der SVP erst 1992 mit dem Nein zum

Europäischen Wirtschaftsraum begann, muss daraus geschlossen werden, dass die Zahl der Lokalsektionen der Schweizerischen Volkspartei in der ersten Befragung von 1989 erheblich kleiner ist als in der Befragung von 2002. Die SVP ist also offensichtlich im Paneldatensatz im Vergleich zu den anderen Parteien untervertreten. Nachfolgend sind die Häufigkeiten der Lokalparteien der verschiedenen Datensätze tabellarisch dargestellt.

Die ersten beiden Diagramme zeigen die Parteienhäufigkeit der Grundgesamtheit in den Jahren 1989 und 2002. Das Dritte stellt die Verteilung der Parteien für den Paneldatensatz dar.

Die Grundgesamtheiten von 1989 und 2002 unterscheiden sich, von den kleineren Parteien abgesehen¹, vor allem bezüglich der SVP. Für die Schweizerische Volkspartei finden sich im Jahre 2002 5.3 Prozent mehr Lokalparteien als 1989. Die anderen grossen Parteien (FDP, SP, CVP) haben alle an einigen Prozentpunkten verloren.

Im Paneldatensatz ist der Anteil der drei grossen Parteien (FDP, SP, CVP) höher als in den Grundgesamtheiten von 1989 und 2002. Der Anteil der SVP ist mit 13.9 Prozent zwar höher als in der Grundgesamtheit von 1989 (10.9%), jedoch kleiner als für das Jahr 2002 (16.2%).

¹ Die Lokalsektionen der SP, CVP, FDP und SVP machen 78.9 Prozent aus. Weil alle anderen Parteien einzeln nicht mehr als 4 Prozent ausmachen, werden im Folgenden nur die Bundesratsparteien analysiert.

Diagramm 1: Parteienhäufigkeit 1990

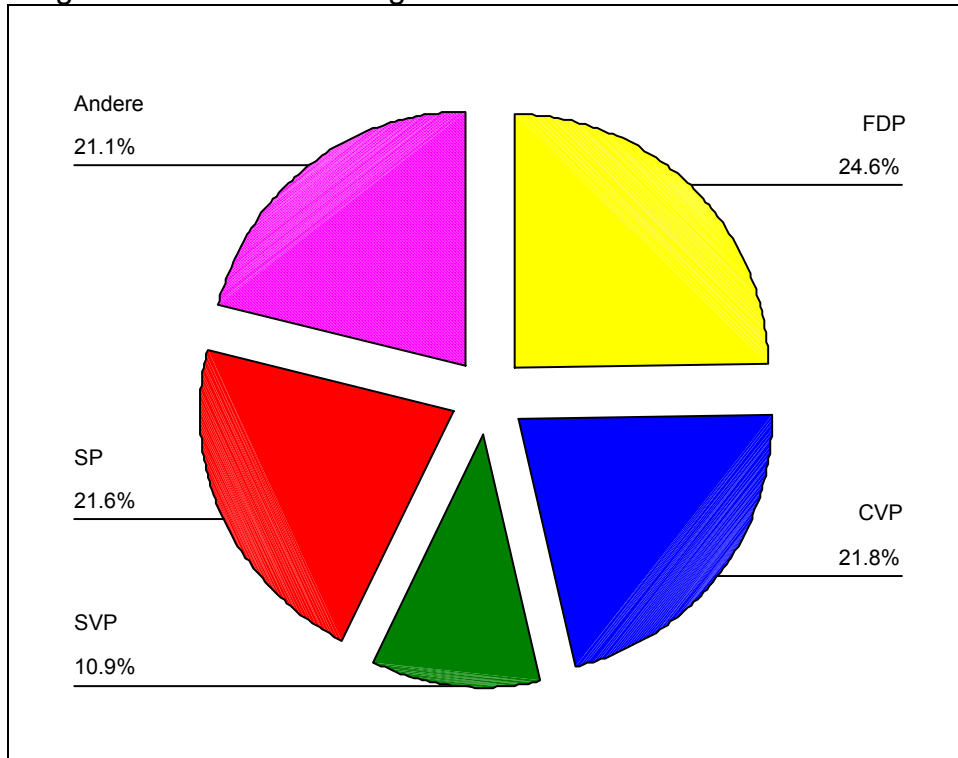


Diagramm 2: Parteienhäufigkeit 2002

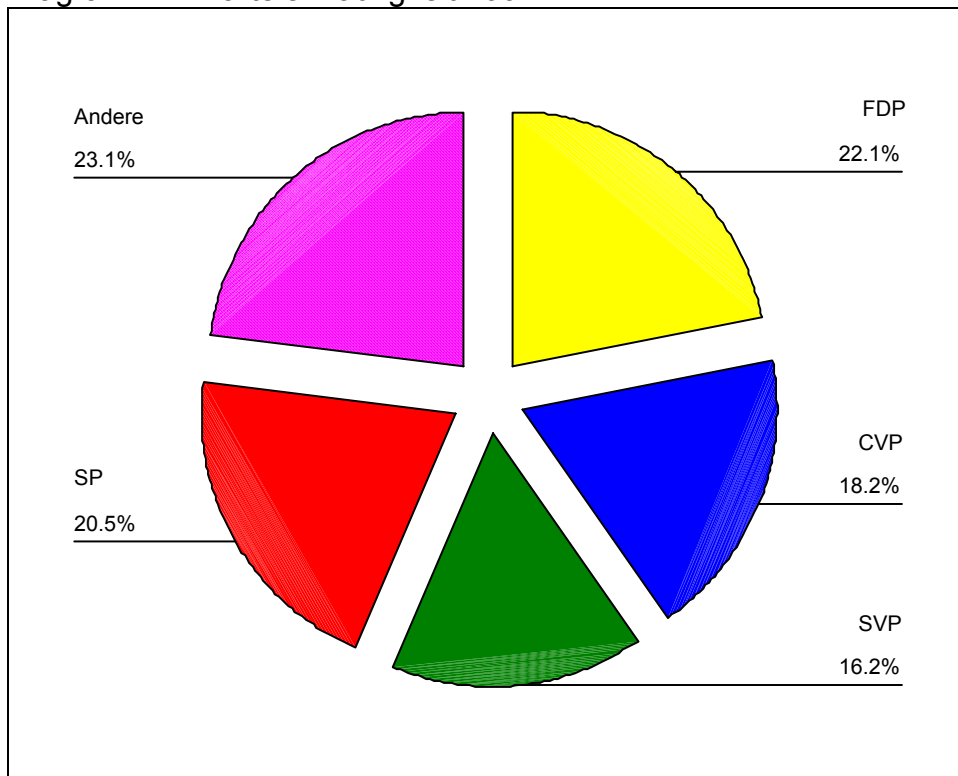
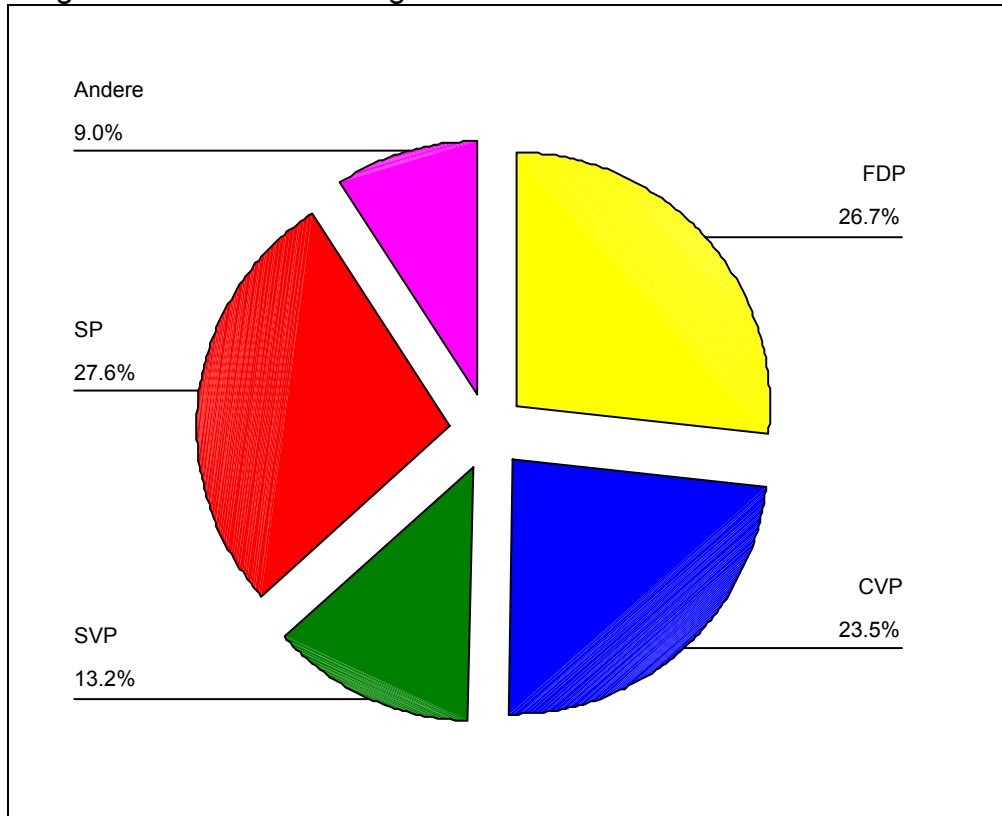


Diagramm 3: Parteienhäufigkeit 1989 und 2002



Der Theorie des *gender-gaps* zufolge ist der durchschnittliche Frauenanteil in den linken Parteien höher als derjenige der Parteien des rechten, bürgerlichen Spektrums. In Verbindung mit der Untervertretung der SVP im Paneldatensatz wird die erste Hypothese aufgestellt. Eine grössere Anzahl an Lokalsektionen der SVP würde eine Zunahme des durchschnittlichen Frauenanteils an Aktiven demzufolge hemmen. Im Paneldatensatz bleiben dieselben Untersuchungseinheiten bestehen, und somit gibt es auch keine Zunahme an Lokalparteien der Schweizerischen Volkspartei. Daraus kann geschlossen werden, dass im Panelvergleich eine grössere Zunahme des durchschnittlichen aktiven Frauenanteils zu beobachten sein sollte als im Trendvergleich.

Hypothese 1:

Die Zunahme des durchschnittlichen Frauenanteils an Aktiven von 1989 bis 2002 ist im Panelvergleich grösser als im Trendvergleich.

Bei einer Trendstudie, in welcher unterschiedliche Stichproben zu verschiedenen Zeitpunkten jedoch zu den gleichen Variablen untersucht werden, lassen sich nur Veränderungen auf der Aggregatebene der Stichproben feststellen. Es kann also nur die Veränderung des durchschnittlichen Anteils an aktiven Frauen im Beobachtungszeitraum von 1989 bis 2002 festgestellt werden. Veränderungen auf der individuellen Ebene, bei dieser Arbeit auf der Parteiebene, sind nicht feststellbar. Bei der Interpretation der Veränderungen darf also auch nicht von einem „Wandel“ gesprochen werden. Daraus wird für diese Arbeit gefolgert, dass bei einer Auswertung der Datensätze das jeweilige Resultat abhängig davon ist, wie die Parteienzusammensetzung des Datensatzes ist. Dieser Gedankengang führt zur zweiten Hypothese:

Hypothese 2:

Der durchschnittliche Frauenanteil an Aktiven ist beim Vergleich der Grundgesamtheit von 1989 und 2002 abhängig von der jeweiligen Parteienzusammensetzung im Datensatz.

Kombiniert mit der These des *gender gap*, erwarten die Autoren der vorliegenden Arbeit, dass eine grössere Zahl an bürgerlichen Parteien im Datensatz einen geringeren Anteil an weiblichen Aktiven bewirkt, bzw., dass ein höherer Anteil an linken Parteien einen höheren Anteil an weiblichen Aktiven hervorruft.

Beim Panelvergleich können auch Veränderungen auf der Parteiebene beobachtet werden. Das heisst, die Veränderung des durchschnittlichen Anteils an weiblichen Aktiven für die verschiedenen Parteien lässt sich interpretieren. Da bei einer Panelstudie keine Veränderung der Stichprobe erfolgt, ist die Veränderung des durchschnittlichen Frauenanteils an Aktiven nicht abhängig von der Parteienzusammensetzung des Datensatzes, sondern von der Veränderung des

durchschnittlichen Anteils an weiblichen Aktiven innerhalb der Parteien. Verbunden mit der Untervertretung der SVP im Paneldatensatz wird angenommen, dass der durchschnittliche Anteil an weiblichen Aktiven abhängig ist von der Veränderung des Frauenanteils an Aktiven auf der Parteiebene.

3.4 Datenbasis

Die Datengrundlage der vorliegenden Arbeit bilden zwei empirische Untersuchungen der Schweizer Lokalparteien aus den Jahren 1989 und 2002. Es sind dies zwei schriftliche Umfragen, welche sich an die Präsidentinnen und Präsidenten der Lokalsektionen der Schweizer Gemeinden gerichtet haben.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Kategorie „Aktive“. Nach Geser (1994: 49) sind dies „...jene Anhängerinnen und Anhänger respektive jene Mitglieder [...], die in irgendeiner Form für die Partei aktiv werden oder grundsätzlich für die aktive Mitarbeit zur Verfügung stehen.“ Zur Überprüfung der Hypothesen wurden die Fragen 16a und 16b aus dem Fragbogen von 2002, bzw. die Fragen 14a1 und 14a2 aus dem Jahre 1989 benutzt.

Die Arbeit befasst sich in erster Linie mit der Messung sozialen Wandels. Dieser soll anhand der Veränderung des Frauenanteils an Aktiven illustriert werden. Um Unterschiede bezüglich der Messung sozialen Wandels festzustellen, wurde mit drei verschiedenen Datensätzen gearbeitet. Auf der einen Seite mit dem Paneldatensatz, welcher dieselben Lokalparteien sowohl 1989 als auch 2002 beinhaltet, auf der anderen Seite mit den beiden Datensätzen von 1989 und 2002, welche die Gesamtpopulation an Lokalparteien berücksichtigen.

4. Ergebnisse und Interpretationen

4.1 Hypothese 1

Möchte man die Entwicklung des Frauenanteils an Aktiven anhand der zu diesem Zeitpunkt existierenden Parteien untersuchen, dann ist eine Trendschätzung mittels Trenddesign sogar günstiger als mittels Paneldesign. Zielt die Untersuchung dagegen auf die Abschätzung des Entwicklungstrends des Frauenanteils an Aktiven

bei der gleichen Ausgangspopulation, so empfiehlt sich die Wahl eines Paneldesigns.²

Tabelle 1: Frauenanteil in Prozent

	Trendstudie	Panelstudie
Frauen 1989	32.24	32.18
Frauen 2002	36.15	36.35
Nach Parteien		
SVP 89	28.00	27.84
SVP 02	34.03	32.37
FDP 89	30.07	29.23
FDP 02	33.26	34.21
CVP 89	34.49	34.99
CVP 02	34.40	33.92
SP 89	33.50	33.32
SP 02	42.91	43.69

Beim Betrachten der Grafik fällt auf, dass sich die Prozentzahlen des Frauenanteils an Aktiven bei der Panelstudie und der Trendstudie nur sehr geringfügig unterscheiden. Während der durchschnittliche Frauenanteil von 32.24 auf 36.15 Prozent steigt, wenn man alle Lokalparteien miteinbezieht, steigt er bei der Panelstudie von 32.18 Prozent auf 36.35 Prozent. Obwohl die Zunahme bei der Panelstudie grösser ist, ist dieser Unterschied nicht interpretierbar und somit nicht signifikant. Aufgespalten nach den einzelnen Parteien sind die Resultate nicht viel besser. Interessant mag erscheinen, dass die SVP vom tiefsten Frauenanteil der Regierungsparteien im Jahr 1989 im Jahr 2002 die FDP überholt – dies allerdings nur beim Betrachten von allen teilnehmenden Lokalparteien. Beachtet man nur diejenigen SVP-Lokalsektionen, die bei beiden Erhebungen dabei waren, ist die SVP 2002 nach wie vor diejenige Regierungspartei mit dem kleinsten Anteil an Frauen in ihren Lokalparteien. Dies legt den Rückschluss nahe, dass die neugegründeten Sektionen der SVP einen höheren Anteil an aktiven Frauen haben als die schon länger bestehenden. Dieser Rückschluss wäre nicht zulässig, würde diese Studie nur mit den Trenddaten arbeiten. Da aber die Vergleichszahlen der Panelstudie vorliegen, darf diese Folgerung gemacht werden. Zu beachten ist aber, dass der

² Adaptierte Aussage von Andreas Diekmann 1999: 267.

Unterschied mit nicht ganz zwei Prozentpunkten klein ist. Zusätzlich kann gefolgert werden, dass sich die von Geser bis 1989 festgestellten Ergebnisse für die SVP als jener Partei, welche am besten auf breiter Front zusätzliche Parteiaktive mobilisieren kann, weiter bestätigen.

Der Frauenanteil an Aktiven nimmt, wie bereits erwähnt, bei beiden Vergleichen im selben Ausmass zu. Was sich aber klar beobachten lässt, ist, dass die Annahme, dass sich durch eine Zunahme an Lokalsektionen der SVP der Frauenanteil weniger steigert als ohne Zunahme der SVP, nicht zutrifft. Auch die SVP kann in den Jahren, die zwischen den beiden Befragungen liegen, ihren Anteil an weiblichen Aktiven erhöhen. Dies zwar in einem kleineren Ausmass als die SP, aber in einem grösseren Verhältnis als die CVP, deren Anteil an weiblichen Aktiven bereits 1989 verhältnismässig hoch lag und daraufhin nicht mehr gesteigert werden konnte, sondern sogar noch minim abnahm. Auch die Zunahme an weiblichen Aktiven bei der FDP ist weniger hoch als die bei der SVP. Auch wenn die Lokalsektionen der SVP in grösserem Ausmass zugelegt haben als die der anderen Parteien, lassen sich keine grossen Unterschiede bezüglich des Anteils an Frauen feststellen. Einzig die SP konnte ihren Frauenanteil mehr steigern zwischen den beiden Befragungen. Der Anteil an weiblichen Aktiven stieg bei beiden Datensätzen um ca. 10 Prozent auf 42.91 bzw. 43.69 Prozent. Unterschiede bezüglich der gewählten Designs können also auch hier nicht festgestellt werden. Das Ergebnis entspricht jedoch der These Inglehart/Norris, welche annehmen, dass durch die *modern gender gap* die Frauen im Vergleich zu den Männern immer linker geworden sind. Obwohl eine Frauenzunahme in praktischen allen Lokalsektionen stattfand, war diese durchschnittliche Zunahme doch am höchsten in der SP, der im Spektrum am linken liegenden Partei. Dies betraf neue und bereits länger bestehende Parteien in praktisch gleichem Ausmass. Doch diese Ergebnisse sind erstaunlich, vor allem wenn die Datensätze aufgespalten werden und genauer angeschaut werden.

Tabelle 2: Veränderung der teilnehmenden Lokalparteien

Partei	Trend 1989	Trend 2002	Panel	Fluktuation	Neu 2002
FDP	649	569	281	368	288
CVP	576	469	247	354	222
SP	569	529	290	279	239
SVP	288	418	139	149	279
Total	2604	2580	1052	1552	1528

Die Zahlen der beiden Trenderhebungen 1989 und 2002 unterscheiden sich aber nur geringfügig. So nahmen die Zahlen der FDP, CVP- und SP-Sektionen zwar ab, in absoluten Zahlen aber nicht mehr als um 107 (bei der CVP). Die Lokalsektionen der SVP hingegen legten stark zu und hatten im Jahr 2002 neu 418 teilnehmende Sektionen anstelle von 288. Die gesamte Anzahl an Teilnehmenden verringerte sich zwischen den beiden Befragungen minim um 24 Sektionen von 2604 auf 2580. Beachtet man jedoch das Panel, ist die Anzahl Teilnehmende viel kleiner. Nur 40.4 Prozent der Lokalsektionen, die 1989 den Fragebogen ausgefüllt hatten, füllten ihn auch 2002 aus. In absoluten Zahlen heisst das für die einzelnen Parteien: Von den insgesamt 937 teilnehmenden FDP-Sektionen nahmen nur 281 bei beiden Befragungen teil oder in Prozentzahlen ausgedrückt: 29.99 Prozent der FDP-Lokalsektionen waren bei beiden Befragungen dabei, 39.27 Prozent nur bei der ersten und 30.74 Prozent nur bei der zweiten. Der Anteil der gleich bleibenden Sektionen ist also am geringsten. Ähnlich bei der CVP: Von insgesamt 823 teilnehmenden Sektionen nahmen 247 an beiden Befragungen teil. Das entspricht einem prozentualen Anteil von 30.01 Prozent. Zum Vergleich: Nur bei der ersten Befragung nahmen 43.01 Prozent teil, nur bei der zweiten 26.98 Prozent. Bei der SP sieht es folgendermassen aus: Von insgesamt 808 Lokalparteien waren 290 1989 und 2002 dabei, das entspricht 35.89 Prozent. Nur bei der ersten Studie waren 34.53 Prozent dabei, nur bei der zweiten 29.58. Und noch die Resultate für die SVP: Von 567 Lokalsektionen waren 139 oder 24.51 Prozent bei beiden Befragungen dabei, 26.28 Prozent nur bei der ersten, und fast die Hälfte, nämlich 49.21 Prozent, nur bei der zweiten Befragung. Selbst wenn man davon ausgeht, dass einige bei beiden Umfragen existierenden Lokalparteien nur bei einer Erhebung mitgemacht haben, ist trotzdem ein grosser Umbruch in den einzelnen Parteien feststellbar. Dieser betrifft die SP am wenigsten. Fast 36 Prozent ihrer Lokalsektionen nahmen an den Studien 1989 und 2002 teil. Der Anteil der konstanten Lokalparteien ist bei der SP höher als der Anteil der Neudazugekommenen und der Anteil der Fluktuerenden. Dies ist bei den anderen Parteien nicht der Fall. FDP und CVP haben von der ersten zur zweiten Befragung viele Sektionen verloren und bloss einige dazugewonnen. Bei der SVP war fast die Hälfte aller teilnehmenden Lokalsektionen nur bei der zweiten Befragung dabei. Das deckt sich mit den Befunden, wonach die SVP national nach 1992 zulegte und

korrespondiert auch mit den Wahlergebnissen fürs nationale Parlament der 1990er Jahre, wo die SVP massiv zulegen konnte. Erstaunlich hingegen ist, dass bei der SVP der Anteil derjenigen Sektionen, die sich sowohl 1989 als auch 2002 an den Erhebungen beteiligten, gering ist. Dies ist auf die vielen Neugründungen von SVP-Lokalsektionen zurückzuführen. Der Anteil an Parteien, die an beiden Befragungen teilnahmen, liegt jedoch über alle Parteien hinweg ähnlich tief. Die Panelmortalität ist sogar überdurchschnittlich hoch. Sie liegt insgesamt bei fast 60 Prozent, nämlich bei 59.60 Prozent. Am höchsten ist die CVP mit 61.46 Prozent von der Panelmortalität betroffen. Auf sie folgen FDP mit 56.70 Prozent Panelmortalität und SVP mit 51.74 Prozent. Die SP ist die einzige Partei, die weniger als die Hälfte verlor, ihre Panelmortalität betrug 49.03 Prozent. Aber das ist immer noch massiv höher als die normale Panelmortalität, welche laut Diekmann (1999) bei 10 Prozent liegt. Bei der Interpretation der Ergebnisse gilt es allerdings zu beachten, dass die Erheber der beiden Umfragen nicht à priori eine Panelstudie durchführen wollten, sondern alle Lokalparteien erfassen wollten. Daher gibt es auch die beiden gesonderten Trendstudien und die Panelstudie. Man darf hier also nicht von einer normalen Panelstichprobe ausgehen, sondern kann von einer Gesamterhebung sprechen. 1989 gingen Geser et al. von ca. 5500 existierenden Lokalparteien aus (Geser et al. 1994: 9) 2002 schätzten die selben Autoren die Anzahl Lokalparteien noch auf ca. 5000 (Geser et al. 2003: 36). Davon füllten 1989 2638 Sektionen (geschätzte 48.7 Prozent) den Fragebogen aus (Geser et al. 1994: 399) 2002 2580 (geschätzte 51.8 Prozent) (Geser et al. 2003: 36).

Die fast identischen Ergebnisse für die Panelstudie und für die Trendstudie bei ganz anderen Grundgesamtheiten lassen den Schluss zu, dass die Ergebnisse repräsentativ sind. Denn eigentlich wäre eine Diskrepanz zu erwarten. „Eine Diskrepanz wird dann auftreten, wenn sich die Zusammensetzung der Population im Beobachtungszentrum verändert“ (Diekmann 1999: 270). Diese Veränderung hat im vorliegenden Fall ohne Zweifel stattgefunden. Trotzdem sind die Ergebnisse ähnlich. Ein Erklärungsgrund kann nun in der schon erwähnten Repräsentativität liegen. Hier ergibt sich kein Unterschied in den Resultaten der beiden Erhebungsdesigns, weil sich die Lokalparteien bezüglich ihres Anteils an aktiven Frauen sehr analog verhalten. Dabei spielt es gar keine Rolle, ob sich die Zusammensetzung der Population verändert. Wandel, bzw. Dynamik, wäre in dem Sinne gleichzusetzen mit der allgemeinen Entwicklung.

Systematische Stichprobenfehler sind im vorliegenden Fall eher nicht denkbar. Sie treten bei systematischen Ausfällen auf. Im vorliegenden Fall könnte theoretisch ein „Frauenbias“ vorliegen. Demzufolge hätten die Parteien, welche den grössten Zuwachs an Frauen zwischen den beiden Erhebungen aufweisen würden, bei der zweiten Studie nicht mehr teilgenommen. Erklärungsgründe für diesen Bias gibt es aber nicht. Würde der „Frauenbias“ aber tatsächlich existieren, würden die vorliegenden Befunde zu einer Verfälschung führen, da der wahre Anteil an weiblichen Aktiven höher wäre als der nun festgestellte.

Ein zentrales Problem des Paneldesigns ist es, die Panelmortalität möglichst gering zu halten. Dies kann gewährleistet werden durch gute Adresspflege etc. (Diekmann 1999: 272). Bei den vorliegenden Daten war die Panelmortalität wie oben angezeigt hoch, obwohl laut der Autoren der beiden Befragungen sich beide Male um die Hälfte der existierenden Lokalparteien an der Umfrage beteiligte (Geser et al. 2003: 4). Dies lässt sich auf verschieden Arten erklären: Entweder lösten sich in diesem Zeitraum wirklich so viele Lokalsektionen auf und kamen so viele neu hinzu oder die Autoren der Studie schafften es nicht, die Teilnehmenden an der ersten Befragung zum abermaligen Mitmachen zu motivieren. Denkbar sind auch Zusammenschlüsse von Lokalparteien, so dass diese Parteien, obwohl sie den Fragebogen bei beiden Erhebungen einreichten, nicht mehr zum Panel gezählt werden konnten. Zusätzlich bestand laut den Autoren ein grosses Problem darin, die Adressen der Präsidentinnen und Präsidenten der Lokalparteien zu eruieren (ibd.: 36). Wahrscheinlich ist die hohe Panelmortalität auf eine Mischung aus all diesen Faktoren zurückzuführen.

4.2 Hypothese 2

Die Annahme, dass eine Zunahme an Lokalsektionen der SVP zu einem weniger starken Anstieg des durchschnittlichen Anteils an weiblichen Aktiven führt, kann nicht bestätigt werden. Der durchschnittliche Frauenanteil an Aktiven ist ungefähr im gleichen Masse gewachsen, sowohl mit grösserer, als auch mit derselben Anzahl an SVP-Lokalparteien. Zudem stieg der Anteil an weiblichen Parteiaktiven auch innerhalb der SVP-Lokalsektionen um 4.5 Prozent auf 32.37 Prozent (siehe Ergebnisse Hypothese 1).

Dass der durchschnittliche Frauenanteil an Parteiaktiven durch Unterschiede in der Anzahl der befragten Parteien in den beiden Grundgesamtheiten von 1989 und 2002

determiniert wird, kann nicht erwiesen werden. Vielmehr kann die Zunahme des durchschnittlichen Anteils an weiblichen Aktiven auf den starken Rückgang an männlichen Aktiven zurückgeführt werden. Der durchschnittliche Anteil an männlichen Aktiven vermindert sich in der Grundgesamtheit von 2002 gegenüber der Grundgesamtheit von 1989 um 4.1 Prozent. Dies erscheint in Prozentzahlen kein so erheblicher Rückgang, in absoluten Zahlen bedeutet dies jedoch eine Abnahme von 24'011 an männlichen Aktiven.

Bei der separaten Betrachtung der vier Bundesratsparteien kann man dennoch einen Effekt feststellen, welcher durch die Parteienzusammensetzung im Datensatz auf den durchschnittlichen Anteil an weiblichen Aktiven einwirkt:

Tabelle 3: Parteizugehörigkeit

Parteizugehörigkeit 1989		
	Häufigkeit	in Prozent
FDP	649	24.60
CVP	576	21.84
SVP	288	10.92
SP	569	21.57

Parteizugehörigkeit 2002		
	Häufigkeit	in Prozent
FDP	569	22.05
CVP	469	18.18
SVP	418	16.20
SP	529	20.50

Vergleicht man die Grundgesamtheit an Lokalparteien für 1989 und 2002, kann man erkennen, dass FDP und CVP am meisten Untersuchungseinheiten verlieren. Die FDP verweist 2003 mehr als 9000 Aktive weniger, die CVP gar fast 15'000 Aktive weniger als 1989. Beide Parteien büssen auch bei den weiblichen Aktiven relativ stark ein. Für die FDP steigt der durchschnittliche Frauenanteil (wegen des enormen Rückgangs an männlichen Aktiven) an Aktiven um drei Prozentpunkte, bei der CVP sinkt der Anteil gering.

Auch bei der SP ist ein Rückgang an beantworteten Fragebogen bei der Erhebung von 2002 festzustellen, dieser ist jedoch kleiner. Für die SVP haben sich die Lokalsektionen, welche bei der Befragung mitgemacht haben, stark von 288 auf 418 erhöht.

Bei der SVP und bei der SP sinkt der Gesamtanteil an Aktiven viel geringer. Erstere verliert 1659, letztere 3467 aktive Mitglieder. Beide Parteien verzeichnen hingegen bei den weiblichen Aktiven nur einen Rückgang um wenige hundert. Dies bewirkt sowohl für die SVP als auch für die SP einen starken Anstieg des durchschnittlichen Frauenanteils an Aktiven. Kombiniert mit der geringen Abnahme an Untersuchungseinheiten für die SP und der starken Zunahme für die SVP, ist ein starker Einfluss auf den durchschnittlichen Frauenanteil an Aktiven der Grundgesamtheit von 2002 festzustellen, machen doch die Anzahl der weiblichen Aktiven dieser beiden Parteien einen Drittel aller weiblichen Aktiven der Grundgesamtheit aus. Die nachfolgende Tabelle stellt die Aktivenzahlen und den Frauenanteil an Aktiven der vier Bundesratsparteien dar.

Tabelle 4: Aktivenzahlen der vier Bundesratsparteien

FDP	Anzahl Aktive	24570		FDP	Anzahl Aktive	15200
1990	Anzahl aktive Frauen	7387		2003	Anzahl aktive Frauen 02	5055
	Anzahl aktive Männer	17183			Anzahl aktive Männer 02	10145
	Frauenanteil an Aktiven	30.07			Frauenanteil an Aktiven	33.26
CVP	Anzahl Aktive	28065		CVP	Anzahl Aktive	13079
1990	Anzahl aktive Frauen	9678		2003	Anzahl aktive Frauen 02	4499
	Anzahl aktive Männer	18387			Anzahl aktive Männer 02	8580
	Frauenanteil an Aktiven	34.48			Frauenanteil an Aktiven	34.34
SVP	Anzahl Aktive	11998		SVP	Anzahl Aktive	10339
1990	Anzahl aktive Frauen	3359		2003	Anzahl aktive Frauen 02	3293
	Anzahl aktive Männer	8639			Anzahl aktive Männer 02	7046
	Frauenanteil an Aktiven	28.00			Frauenanteil an Aktiven	31.85
SP	Anzahl Aktive	12384		SP	Anzahl Aktive	8917
1990	Anzahl aktive Frauen	4148		2003	Anzahl aktive Frauen 02	3826
	Anzahl aktive Männer	8236			Anzahl aktive Männer 02	5091
	Frauenanteil an Aktiven	33.50			Frauenanteil an Aktiven	42.91

5. Fazit

Diese Arbeit befasste sich mit den Schweizer Lokalparteien. Obwohl sehr zahlreich an der Zahl und bekannt als wichtige Institution im politischen System der Schweiz wurden sie bis Ende der 1980er Jahre kaum politologisch untersucht und eingeordnet. Das änderte sich mit zwei Gesamterhebungen 1989 und 2002. Darin wurden alle Parteipräsidentinnen und -präsidenten angeschrieben. Aus dem umfassenden Fragekatalog wurde für diese Arbeit der Aspekt der weiblichen Aktiven in den Schweizer Lokalparteien herausgegriffen. Die Studie ging der Frage nach, wie sich der Anteil an weiblichen Aktiven zwischen den beiden Befragungen verändert hat. Vermutet wurde analog zur These des *gender gaps* von Inglehart/Norris (2003) eine Verschiebung der weiblichen Aktiven zu den linken Parteien, im vorliegenden Fall zur SP, hin. Dies wurde anhand der verschiedenen Erhebungsdesigns untersucht. Hatten nämlich bei beiden Umfragen je ca. 2500 von vermuteten 5000 bis 5500 Lokalparteien mitgemacht, lag der Anteil derjenigen Lokalparteien, die sich sowohl 1989 als auch 2002 beteiligten, bei nur ungefähr tausend. Wie wirkt sich aber dieser Unterschied aus, wenn dieselbe Untersuchung zur jeweiligen Grundgesamtheit, was einer Trenderhebung entspricht, und zu den bei beiden Erhebungen teilnehmenden Lokalparteien, was einer Panelerhebung entspricht, gemacht wird? Und wie kann man die Unterschiede interpretieren? Die vorliegende Arbeit fand heraus, dass sich zwar die jeweiligen Untersuchungseinheiten stark unterscheiden, die Resultate sich aber dennoch in einem ähnlichen Rahmen bewegen. Die Unterschiede sind zu einem grossen Teil so klein, dass sie gar nicht interpretierbar sind. So kann denn auch die dieser Arbeit zugrunde liegende übergeordnete Fragestellung nicht abschliessend beantwortet werden. Zwar gilt auch für die vorliegende Studie, dass mit Panelstudien Aussagen über sozialen Wandel gemacht werden können, während dies bei einer Trenderhebung nicht möglich ist. Letztere können nur Momentaufnahmen machen. Da sich jedoch bei beiden Erhebungsdesigns dieselben Resultate ergeben, muss davon ausgegangen werden, dass diese Resultate repräsentativ sind. Das heisst, dass es im vorliegenden Fall gar keine Rolle spielt, ob eine Trenderhebung oder eine Panelerhebung vorliegt. Vermerken muss man dazu allerdings, dass aus den Resultaten dieser Studie nicht geschlussfolgert werden kann, dass es allgemein keine Rolle spielt, welches

Erhebungsdesign man auswählt. Auch weiterhin werden Trenddesigns nicht geeignet sein, etwas über den sozialen Wandel auszusagen. Interessant für eine zukünftige Studie wäre es, die Unterschiede, die sich bezüglich der Erhebungsdesigns ergeben, noch weiter zu untersuchen. Gleichen sich die Lokalparteien – egal ob sie bei beiden Befragungen oder nur bei einer teilgenommen haben – auch in anderen Eigenschaften? Oder ist diese homogene Entwicklung einzig bei der Veränderung des Anteils an aktiven Frauen aufgetreten?

Zu bemerken ist zudem, dass die Panelmortalität bei diesen Befragungen enorm grosse Dimensionen annahm. Liegt sie normalerweise um die 10 Prozent (Diekmann 1999: 271), stieg die Panelmortalität in den vorliegenden Befragungen auf fast 60 Prozent von einer Welle zur anderen. Würden die Autoren der Befragung eine dritte Erhebung planen, müsste man mit einer Stichprobe von nur noch 36 Prozent von der ursprünglichen Grundgesamtheit der Erhebung 1989 für das Panel rechnen. Diese grosse Panelmortalität ist nicht erklärbar, mögliche Faktoren sind jedoch grosse Umstrukturierungen bei den Lokalparteien mit Zusammenschlüssen und Auflösungen, ein schwieriges Eruiere der Adressen der Lokalparteipräsidentinnen und –präsidenten sowie zuwenig Anreize für die Lokalparteien, noch einmal mitzumachen. Auch dieser Befund müsste aber genauer untersucht werden, um interpretierbar zu sein.

Punkto Frauenanteil ergeben sich im Zeitraum von 1989 bis 2002 bei allen betrachteten Parteien Verschiebungen – egal mit welchem Untersuchungsdesign dies untersucht wird. Demzufolge stieg der Frauenanteil in den Lokalparteien der FDP und SVP zwischen 1989 und 2002 um ungefähr 4 Prozent, bei der SP gar um etwa 10 Prozent. Der höchste Anteil an Frauen verzeichnet 2002 die SP mit ca. 43 Prozent (bei beiden Designs). Die SP hat somit in den 13 Jahren zwischen den beiden Befragungen die CVP überholt, die vorher mit bis zu 35 Prozent (Panel) den höchsten Frauenanteil aufwies. Ihr Frauenanteil stagnierte oder wurde sogar leicht kleiner (knapp 34 Prozent beim Panel). Dies ist bei der CVP auf einen sehr starken Rückgang an Aktiven zurückzuführen – sowohl an Männern als auch an Frauen. Auch die FDP musste einen grossen Rückgang an Aktiven verzeichnen – allerdings konnte sie den durchschnittlichen Anteil an weiblichen Aktiven trotzdem steigern: Sie verzeichnete vor allem einen grossen Rückgang an aktiven Männern. Auch SVP und SP verzeichneten Rückgänge, jedoch in einem weit kleineren Ausmass als dies bei den beiden anderen Parteien der Fall ist. Da der Frauenanteil in diesen beiden

Parteien sogar nur minim sank, gab es für beide einen relativ starken Anstieg am prozentualen Anteil der aktiven Frauen. Der von Geser (1994) gefundene Trend, dass es der SVP von den schweizerischen Parteien am besten gelingt, neue Parteiaktive anzuziehen, bestätigt sich bei der zweiten Befragung. Der Anteil an weiblichen Aktiven der SVP, der 1989 noch zwei Prozentpunkte und mehr hinter den anderen zurücklag, hat bis 2002 den Anteil an weiblichen Aktiven der anderen bürgerlichen Parteien aufgeholt. Insgesamt ist aber der Anstieg der durchschnittlichen Frauenbeteiligung vor allem auf einen Rückgang an aktiven Männern zurückzuführen, wie dies auch schon Töndury/Giger (2003) in ihrer Studie fanden. Die Theorie des *gender gaps* ist also nur unter Vorbehalten zu bestätigen: Zwar legen die linken Lokalparteien (SP) punkto Frauenanteil am meisten zu, jedoch legen auch die bürgerlichen Lokalparteien (FDP und SVP) zu – wenn auch nicht im selben Ausmass. Zusätzlich ist eben die Veränderung an aktiven Männern wichtig, das heisst, die Veränderungen könnte auch auf ein zunehmendes Zurückziehen der Männer aus der Politik zurückzuführen sein – so dass die Steigerung des durchschnittlichen Frauenanteils gar nicht aktiv auf die Frauen selbst zurückgeführt werden kann.

Interessant wäre es, in ein paar Jahren eine abermalige Studie durchzuführen: Interessant daher, damit man sehen könnte, ob die Entwicklung des steigenden Frauenanteils an Aktiven weiter anhält, die insgesamte Anzahl an Aktiven weiterhin abnimmt und vor allem, ob die Panelmortalität im selben Ausmass weitergeht. Die Ursachen der Panelmortalität bei der Befragung der Lokalparteien wären auch eine eigene Studie wert.

6. Literaturverzeichnis

- Diekmann, Andreas (1999), *Empirische Sozialforschung*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Hsiao, Cheng (1986), *Analysis of Panel Data*, Cambridge: University Press.
- Inglehart, Ronald (1977), *The Silent Revolution*, Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald und Pippa Norris (2000), "The Developmental Theory of the Gender Gap: Women's and Men's Voting Behavior in Global Perspective", in: *International Political Science Review*, 21/4: 441-463.
- Inglehart, Ronald und Pippa Norris (2003), *Rising Tide*, Cambridge: University Press.
- Meuli, Urs und Andreas Ladner (2000), *Frauen in den Gemeindeexekutiven 1988 bis 1998*, Zürich: Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Michel-Alder, Elisabeth (1986), *Von Frauenfragen, Parteifrauen und den männlichen Mühlen schweizerischer Politik*, In: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaften, Bd. 26: Bern, Haupt Verlag, S. 151-169
- Geser, Hans et. al. (1994), *Die Schweizer Lokalparteien*, Zürich: Seismo.
- Geser, Hans et. al. (2003), *Schweizer Lokalparteien im Wandel*, Zürich: Soziologisches Institut der Universität Zürich.